

Karl Lauschke

Was kann man aus der Geschichte lernen?

Anmerkungen zu einer unerfreulichen Auseinandersetzung um die ‚Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung‘

Daß ein Geschichtsbuch Staub aufwirbelt, ist ungewöhnlich. Im allgemeinen wird nur in Fachkreisen Notiz genommen von historischen Neuerscheinungen; die Öffentlichkeit bleibt davon weitgehend unbehelligt. Wächst sich die Debatte gar zum Skandal aus, dann fragt es sich umso mehr, wo der Zündstoff der Auseinandersetzung liegt, die solche außergewöhnliche Kreise zieht.

Das im Kölner Pahl-Rugenstein Verlag erschienene Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ (1) war Anlaß einer solchen Diskussion, die sowohl in ihrer Schärfe als auch in ihrer Publizität überraschend wirken mußte. Mit ihrer historischen Gesamtdarstellung der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von ihren Anfängen im frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart hatten es sich Marburger Wissenschaftler zum Ziel gesetzt, „die Krise als Moment des geschichtlichen Prozesses der kapitalistischen Produktionsweise bewußt zu machen, dem Mißbrauch der Geschichte zur Beschönigung der Gegenwart entgegenzutreten, die Verwirrung politischer Zielvorstellungen und das Anwachsen des Nationalismus und des Antikommunismus abzuwehren“ (2). Sie hatten sich deshalb auch vor allem an einen Leserkreis aus dem gewerkschaftlichen Bereich gewandt, der angesichts aktueller gesellschaftlicher Krisenerscheinungen in besonderem Maße an einer problemorientierten Aufarbeitung geschichtlicher Erfahrungen interessiert sein mußte, ohne jedoch auf entsprechende Untersuchungen zurückgreifen zu können, die in lesbarer und leicht verständlicher Form einen umfassenden Überblick gegeben hätten über die Kämpfe, Niederlagen und Lernprozesse der deutschen Arbeiterbewegung (3). Insofern füllt dieses Buch eine Lücke aus, die es gerade für die Zwecke einer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit geeignet erscheinen läßt.

Eine große Verbreitung des Buches mußte jedoch all denjenigen ein Dorn im Auge sein, die andere politische Lehren aus der Geschichte ziehen, als sie durch die Autoren des Gewerkschaftsbuches nahegelegt werden. Um zu verhindern, daß es mit seinem Geschichtsbild weite Kreise aktiver Gewerkschafter beeinflusst, wurde deshalb innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation versucht, warnend auf seine „partei kommunistische“ Ausrichtung aufmerksam zu machen. Ein geeigneter Rezen-

-
- 1 Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harrer (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, 475 Seiten, DM 12,80
 - 2 Ebda., Vorwort, S. 12
 - 3 In diesem Sinne wird auch das Gewerkschaftsbuch etwa in der Rezension von Gerd Reuter, Wolfgang Strohmeier und Norbert Weinitschke begrüßt; vgl. Jahrbuch Arbeiterbewegung, Band 6: Grenzen gewerkschaftlicher Politik, hrsg. von Claudio Pozzoli, Frankfurt/Main 1979, S. 316 - 319

sent war bald gefunden, und seine Besprechung des Buches wurde mit einem entsprechenden Begleitschreiben versehen an die gesamte Gewerkschaftspresse versandt (4). Dabei kam man zu dem Ergebnis:

„Unschwer zu erkennen ist dabei, daß die Verfasser mit ihren Legenden, Verbiegungen und letztlich Fälschungen nur der offiziellen parteikommunistischen Geschichtsschreibung folgen, wie sie z.B. in der achtbändigen ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘ vom ZK der SED formuliert ist. Der Unterschied zum Original besteht darin, daß dieses in seinen Unwahrheiten ehrlicher ist. Dafür ist die ‚Geschichte‘ der bisher geschickteste Versuch, die parteikommunistische Geschichtskonstruktion an den bundesrepublikanischen Leser zu bringen.“ (5)

Auf dieses provokative Vorgehen hin unternahmen die Herausgeber des Gewerkschaftsbuches auch ihrerseits den Versuch, ihren Kritiker bei den Gewerkschaftsspitzen anzuschwärzen, und überschütteten ihn in einem internen Schreiben an die Gewerkschaftsvorstände mit persönlich abwertenden Angriffen. Mit ihrer Polemik gegen „die wissenschaftliche Korruptheit und die gedanklichen Purzelbäume“ (6) zogen sie nicht nur seine fachliche Kompetenz in Zweifel, sondern im Gegenzug erhoben sie auch Bedenken dagegen, daß „die Hasardeure, die mit ihren anarchosyndikalistischen und organisationsfeindlichen Phrasen schon einen erheblichen Anteil am Niedergang der antiautoritären Studentenbewegung hatten, nunmehr die Gewerkschaften mit ihren besonderen Vorstellungen beglücken wollen“ (7).

Ohne diese wütend um sich schlagende Replik wäre es wahrscheinlich beim bekannten Schlagabtausch geblieben. So aber gab sie der Auseinandersetzung weitere Nahrung und schürte nur noch die wechselseitigen Diffamierungen, ohne in der Sache zu einer Klärung beizutragen. In der Annahme, eine rein wissenschaftliche Kritik am Gewerkschaftsbuch geleistet zu haben, erschien die Auseinandersetzung erst nachträglich durch die allergische Reaktion der Herausgeber politisiert worden zu sein. Die Form der Replik gab jedenfalls Anlaß, von „stalinistischen Methoden“ zu sprechen und sie als ein Zeichen dafür zu werten, wie sehr sich die Behauptung bestätigt habe, im Rahmen der Gewerkschaft „partekommunistische Indoktrination“ zu betreiben.

„Ihre konzentrierte Sammlung persönlich-politischer und wissenschaftlicher Diffamierung kann ich nur als Versuch eines gezielten Rufmords verstehen. Zum Glück fehlt dieser alten stalinistischen Methode der Auseinandersetzung – die bei uns bevorzugt von den erklärten Freunden des ‚real existierenden Sozialismus‘ (Bahro) angewandt wird – die materielle Gewalt. Sie ist trotzdem bedrohend genug.“ (8)

-
- 4 Manfred Scharrer: ‚Kurzer Lehrgang‘ der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung – Rundschreiben von Hinrich Oetjen (DGB-Bundesjugendschule Oberursel) an die Zeitungen der Gewerkschaftspresse vom 28. August 1978
 - 5 Manfred Scharrer, a.a.O.
 - 6 Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harrer: Über den Mißbrauch der ‚Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung‘ – oder: Wie H. Oetjen und M. Scharrer die Geschichte revolutionieren wollen, Marburg, den 25. Oktober 1978 mit einem Anhang: Wolfgang Abendroth: Antikritik zu M. Scharrer und H. Oetjen
 - 7 Frank Deppe u.a., a.a.O.
 - 8 Offener Brief von Manfred Scharrer an Wolfgang Abendroth vom 14. November 1978; vgl. auch seinen Brief an Günter Pehl (Redaktion ‚Die Quelle‘) vom 20. November 1978. In seinem Brief vom 23. November 1978 an Frank Deppe kritisiert Theo Pirker u.a.,

Inzwischen war die Rezension am Marburger Gewerkschaftsbuch sowohl in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ (9) als auch im Funktionsorgan des DGB „Die Quelle“ (10) auszugsweise abgedruckt worden. Außerdem hatte sich die Berliner Zeitung „Langer Marsch“ in ausführlicher Breite mit der Auseinandersetzung beschäftigt (11). Einer größeren Öffentlichkeit wurde der gesamte Zank, der sich weitgehend nur hinter den Kulissen abgespielt hatte, aber erst dadurch bekannt, daß ihn die „Frankfurter Rundschau“ in großer Aufmachung dokumentierte und fast den gesamten gewerkschaftsinternen Briefwechsel in mehreren Folgen abdruckte (12). In einer erläuternden Einführung wurde dabei der ganze Streit kurzerhand als „Linienkampf“ etikettiert, der schon seit langem zwischen den Minderheitspositionen sich fortschrittlich verstehender Gewerkschafter schwele (13).

Diese Tendenz, es bei einer puren Zuordnung politischer „Linien“ bewenden zu lassen, verstärkte sich nicht nur im weiteren Verlauf, sondern erleichterte es auch, die Geschichtsschreibung vor allem zur politischen *Selbstdarstellung* zu nutzen und in gleichem Maße zur *Ausgrenzung unliebsamer Positionen* zu instrumentalisieren. Anstatt den wirklichen Verlauf geschichtlicher Prozesse detailliert zu rekonstruieren, gaben sie nur die Folie ab zu unterschiedlichen *Rechtfertigungsideologien*; historische Vorgänge verkamen schließlich immer mehr zu bloß illustrativem Material, um die eigene politische Position besonders herausstreichen zu können. Dem geschichtlichen Verlauf wird man damit allerdings ebenso wenig gerecht wie dem Interesse aktiver Gewerkschafter, aus den historischen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung Lehren zu ziehen für ihre gegenwärtigen Aufgaben, ohne aus gedanklicher Bequemlichkeit nur einfach vorgefertigte Rezepte zu übernehmen.

Insofern grenzt es schon an bornierte Ignoranz, wenn apologetisch etwa behauptet wird:

„Sie (die KPD, K. L.) mochte (?) in einigen Phasen ihrer Entwicklung aus richtigen (?) marxistischen Erkenntnissen – oder trotz diesen – manche verkürzte oder sektiererische Schlüsse ziehen (wie die RGO-Politik oder überhaupt die Überschätzung der Revolutions-„Trächtigkeit“ der nachrevolutionären Jahre), aber sie erkannte das Ausmaß der faschistischen Gefahr (?) und die Priorität des antifaschistischen Kampfes (?). ... ‚Wahnwitzig‘ war nur eine Politik, die des Faschismus. Diese Politik erkannt zu haben (?) und den Kampf gegen diese mit dem Ziel der Einheitsfront vorangetrieben zu haben (?), war das historische Verdienst der KPD.“ (14)

daß die Autoren „so schreiben, als wären sie Kandidaten für eine Akademie der Sozialwissenschaften und der Geschichte der Arbeiterbewegung im real existierenden Sozialismus“.

9 10, Oktober 1978, S. 854 - 859

10 11, November 1978, S. 606 - 608

11 Nr. 38, November 1978, S. 10 ff., Nr. 39, Dezember 1978, S. 7 ff. und Nr. 40/41, Januar 1979, S. 2 f. und S. 20 ff.

12 Nr. 1, 2. Januar 1979, S. 13 f., Nr. 2, 3. Januar 1979, S. 14, Nr. 3, 4. Januar 1979, S. 14 f. und Nr. 4, 5. Januar 1979, S. 14 und S. 16; vgl. auch die zahlreichen Leserbriefe in: Nr. 18, 22. Januar 1979, Nr. 28, 2. Februar 1979 und Nr. 30, 5. Februar 1979

13 So Ulrich Mückenberger in der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Januar 1979

14 Bernhard v. Mutius: Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/79, S. 244

Ein kurzer Blick in das Buch von Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1965, S. 113 ff. hätte den Verfasser bereits eines Besseren belehrt und den wirklichen Sachverhalt nicht auf den Kopf gestellt.

Die Politik der KPD gegen Ende der Weimarer Republik wird damit kurzerhand global glorifiziert, und politische Fehler werden als unbedeutende Entgleisungen heruntergespielt (15). Einer solchen Geschichtsschreibung geht es nur noch darum, den schwarzen Peter anderen zuzuschreiben, um sich von aller Kritik reinzuwaschen.

Das gleiche, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, wird allerdings auch auf der anderen Seite praktiziert. Auch hier bildet die Auseinandersetzung um die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ nur einen geeigneten Anlaß, um den fortwährenden ‚parteilpolitischen Mißbrauch der Gewerkschaften‘ durch die schädliche Politik der Kommunisten historisch zu entlarven und bloßzustellen. Dabei wird als Indiz für die kommunistische Zersetzungsarbeit nicht zuletzt auch das Marburger Gewerkschaftsbuch selbst gewertet, sofern es nämlich verdiente Persönlichkeiten und „ehrwürdige Identifikationsfiguren“ der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wie Carl Legien, Wilhelm Leuschner und Hans Böckler, diskreditiert und die gewerkschaftlichen Erfolge nach Möglichkeit übergeht.

„Sie demontieren damit die Erfolgsbilanz des DGB und suchen das Selbstbewußtsein zu erschüttern, das sich auf diese Bilanz stützt. ... Aber die Aktivposten dürfen in einer gewerkschaftlichen Bilanz nicht unterschlagen werden. Wer das systematisch tut, der versucht die Gewerkschaften kaputtzumachen.“ (16)

Die Aufarbeitung der historischen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung kann man jedoch nicht mit den Maßstäben der Buchhaltung messen, die Aktiva und Passiva gegeneinander aufrechnet und auf ein ausgewogenes Saldo bedacht ist, damit die Geschäftsführung vor der Mitgliederversammlung entlastet werden kann (17).

-
- 15 Vgl. demgegenüber das Referat von Michael Zimmermann auf der Tagung des „Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung“ vom 18. bis 20. November 1977 in Westberlin: Funktionen und Mechanismen des vorherrschenden DKP-Geschichtsbildes – Eine dokumentierende Untersuchung, sowie Detlev Peukert: Zur Sozialgeschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 4, Offentbach, November 1978, S. 29 ff.
- 16 Gerhard Beier: Leninisten führten die Feder. Über einen Versuch, Geschichte umzufälschen, in: das ötv-magazin, Nr. 3, März 1979, S. 35
Zusammenfassend wird das Marburger Gewerkschaftsbuch schließlich folgendermaßen charakterisiert: „Das Werk dient nicht der autonomen gewerkschaftlichen Bewußtseinsbildung, sondern dem Transport sowjet-marxistischer Interpretationsmuster in die Schulungsarbeit der Gewerkschaften. ... Anders als in der klassischen Broschürenliteratur vermeiden Frank Deppe und seine Freunde den offenen Affront. Sie bedienen sich vielmehr einer Art schleichernder Indoktrination. Sie gehen unauffällig vor, halten sich aber erkennbar an eine bestimmte ideologische Lehre oder Doktrin, die dem Leser regelmäßig in kleinen, leicht verdaulichen Dosierungen verabreicht wird.“ (S. 36 f.) Vgl. auch die „Frankfurter Rundschau“, Nr. 54, 5. März 1979: Gewerkschaftshistoriker erteilt der DKP eine barsche Abfuhr.
Dem Beitrag lag im übrigen ein vertrauliches Gutachten vom Januar 1979 für den Gewerkschaftsvorstand zugrunde, das auf knapp 60 Seiten (!) die politische Tendenz des Buches aufzuzeigen versucht.
- 17 Eine historische Kritik versucht demgegenüber Hermann Weber zu skizzieren: Kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: das ötv-magazin, Nr. 4, April 1979, S. 39 ff.; aber nicht allein die Kürze seines Artikels setzt seinem Versuch Grenzen, sondern vor allem das vordergründige Interesse, den ‚parteilpolitischen Egoismus‘ der Kommunisten zu entlarven, prägt seine Geschichtsschreibung. Vgl. stattdessen für die Früh-

In dem Maße, wie derartige *ideologische Schaukämpfe* ausgetragen werden, wo sich ein kleiner Kreis politischer Kontrahenten zur Verwunderung des Publikums nur gegenseitig beschimpft und madig macht, bleibt nicht nur die Geschichtsschreibung auf der Strecke, sondern auch das Publikum, das sich kopfschüttelnd über solche aufgeblasenen Randerscheinungen abwendet und diese ‚Linienkämpfe‘ denen überläßt, die keine anderen Sorgen haben, als sich darin aufzureiben (18). Über plakative, politische Zuordnungen, also jemanden in eine bestimmte Ecke zu drängen und politisch zu brandmarken, reicht diese Auseinandersetzung kaum hinaus. Ihre Bedeutung für die praktische Gewerkschaftsarbeit läßt sich nur schwerlich einsehen, denn an ihrem Verlauf wird bereits deutlich, wie sehr sie in *personalpolitische Rängeleien und Grabenkämpfe hinter den Kulissen der Gewerkschaftsorganisation* eingebettet ist; eine breite Öffentlichkeit wurde mit der Auseinandersetzung nur in Form skandalumwitterter Enthüllungen konfrontiert. Auch wenn die polemische Debatte um die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ deshalb keineswegs die Masse der Gewerkschaftsmitglieder bewegt, so kann sie doch nicht einfach als ein esoterischer Streit zwischen politisch abgehobenen Intellektuellen beiseitegeschoben werden. Sie ist zunächst Ausdruck von Konflikten innerhalb des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers, die sich nach außen hin besonders deutlich im Jugend- und Bildungsbereich abgezeichnet hatten. Auf dieser Ebene hat sie allerdings gegenwärtig eine spürbare Bedeutung (19).

Der gewerkschaftliche Stellenwert der Auseinandersetzung

Will man verstehen, wie es zu dieser Auseinandersetzung um die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ eigentlich gekommen ist, so muß man zurückgreifen auf die Vorgänge, die sich im Zusammenhang mit der 10. ordentlichen Bundesjugendkonferenz des DGB vom 1. bis 3. Dezember 1977 in Frankfurt ergeben und schon damals für Schlagzeilen in der Presse gesorgt hatten. An verschiedenen Anträgen, vor allem aber an den „Testfragen“ um die Freilassung des inhaftierten DDR-Kritikers Rudolf Bahro und um die Teilnahme an den Weltjugendfestspielen auf Kuba, waren nämlich politische Konturen innerhalb des Jugendfunktionärskörpers sichtbar geworden, die von der Gewerkschaftsführung mit ‚Erschrecken‘ registriert wurden und die sie allgemein aufhorchen ließen. Das zuständige DGB-Vor-

phase: Eva Cornelia Schöck: *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920 - 28*, Frankfurt/Main 1977

18 In der französischen Sprache bedeutet scheinbar nicht umsonst „querelle d'Allemand“ einen vom Zaun gebrochenen Streit.

19 Vgl. auch die „Frankfurter Rundschau“, Nr. 79, 3. April 1979: Oertzen weist auf DKP-Richtungskampf in den Gewerkschaften hin.

In diesem Zusammenhang muß auch die Äußerung von Peter v. Oertzen gesehen werden: „Es gibt zwar überall auf gewerkschaftlichen Jugendkonferenzen so etwas wie eine DKP-Fraktion, aber es gibt dort keine erklärte Juso-Fraktion. Dies halte ich für einen ganz schweren Mangel sowohl für die sozialdemokratische Partei als für die Gewerkschaften selbst.“ (Interview in: *avanti*, Nr. 2, Februar 1979, S. 10 ff.)

Ebenso unverständlich bleibt schließlich auch die ultralinke Gewerkschaftspolitik der KPD. Das Gewerkschaftsbuch schweigt sich darüber aus, warum es seit 1927 zu einer taktischen Änderung gekommen war, die u.a. darauf hinauslief, oppositionelle Betriebsratslisten aufzustellen und gewerkschaftsunabhängige Streikleitungen zu bilden, in denen auch gewerkschaftlich unorganisierte Arbeiter vertreten sein sollten. Mit Erstaunen wird nur registriert, welches Echo die wohlgemeinten Absichten der KPD fanden:

„Obwohl diese Vorgehensweise noch immer auf eine Stärkung der Gewerkschaften und ihrer Kampfkraft abzielte, bot sie doch einen Anlaß, verstärkt gegen die Opposition vorzugehen.“ (60) Wie blauäugig damit über die tatsächliche Gewerkschaftspolitik der KPD hinweggegangen wird, wird nicht zuletzt auch am „Ruhreisenstreit“ deutlich. Mit ihren wirklichkeitsfremden Parolen, die statt einer Aussperrung einen Riesenstreik vorgaukelten, isolierte sich die KPD nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern sie vertiefte auch noch die Kluft zwischen den gewerkschaftlich organisierten und den unorganisierten Arbeitern. In ihrer selbstbetrügerischen Verkennerung der wirklichen Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft entging ihr völlig, daß die Gewerkschaften, die von ihr ständig verbalradikal beschimpft wurden, einen erheblichen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten und von einer ausgeprägten Kampfbereitschaft keinerlei Rede sein konnte.

Auch wenn die KPD es zunächst noch bestritten hatte, die Gewerkschaften spalten zu wollen, so wurden mit der Aufforderung, eigene, selbständige Streikleitungen zu bilden, trotzdem die Voraussetzungen geschaffen, die zur Spaltung der Gewerkschaften treiben mußten und damit auch zur Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterschaft. Sich auf programmatische Absichtsbekundungen zurückzuziehen, kommt deshalb einer Kapitulation gleich vor den gesellschaftlichen Prozessen, die nur in Ausnahmefällen so ablaufen, wie man sie sich selbst wünscht oder erträumt. Augenblicklichen Stimmungen gehorchend entzieht man sich damit sowohl der Verantwortung als auch der Tragweite seiner politischen Entscheidungen. Umso notwendiger ist es deshalb, *jenseits politischer Motive*, wie verständlich sie auch immer sein mögen, *die wirklichen Bedingungen und Voraussetzungen* zu prüfen. Die kurzschlüssige Suche nach Schuldigen, die die eigenen Absichten durchkreuzt haben, lenkt nicht nur ab, sondern leistet auch Illusionen Vorschub über die eigenen Handlungsmöglichkeiten. Die RGO-Politik war selbst Ausdruck solcher Überschätzung der Erfolgsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Lohn- und Arbeitszeitkämpfe, indem suggeriert wurde, daß sie unter kommunistischer Führung erfolgreicher geführt werden könnten.

Solchen Legendenbildungen entgegenzutreten, muß Aufgabe der Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung sein. Nur so kann kurzschlüssigen Erklärungsmustern wirksam begegnet werden, wie sie als Lehren auch aus dem letzten Stahlarbeiterstreik gezogen wurden:

„Wenn wir die geschichtlichen Erfahrungen unserer Gewerkschaftsbewegung gegen Ende der Weimarer Republik betrachten, dann wird uns die Bedrohlichkeit der Situation völlig klar. Da-

mals hat sich die Gewerkschaft nicht aufraffen können, unter Einsatz gewerkschaftlicher Kraft den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit entschlossen aufzunehmen. Sie hat, wie es so schön heißt, ‚hinhaltenden Widerstand‘ geleistet. Und in der Geschichtsschreibung der Gewerkschaft wird das damit gerechtfertigt, daß die Gewerkschaftsbewegung zu schwach gewesen sei. Aber diese Schwäche war selbstverschuldet, weil nicht beizeiten die volle Kampfkraft eingesetzt worden ist. Wir haben in unserem Streik die Erfahrung gemacht, daß wiederum die gewerkschaftliche Kampfkraft nicht ausgenutzt worden ist. Die Streikfront stand ungebrochen, Kapitulierte wurde auf einer anderen Ebene.“ (61)

Damit werden falsche Lehren aus der Geschichte gezogen, die unter Umständen auch zur Legitimation einer falschen Politik herhalten könnten.

61 Den Kampf in den Betrieben weiterführen, Revier – extra. Zeitung für das Ruhrgebiet, Januar 1979

Zeitung für eine neue Linke

Langer Marsch

2 MARK

42 Auseinandersetzung mit Karl Heinz Roth

Thomas Hofmann
Laufmaschinen im
Netzwerk?

Bernd Rabehl
Anmerkungen zum Er-
folg der AL in Berlin

Heinz Brandt
Stalin und Noske:
Wer war der Bluthund?

Dietrich Staritz
Der lange Marsch
auf dem dritten Weg
Zum 70. Geburtstag von
Ossip K. Flechtheim

J. Bacia
P. Heine
M. Jander
FU-ASTA '79

Zur Artikelserie von
Karl Heinz Roth
Moral, Gehirnwäsche
und Verrat
im "Arbeiterkampf":
Erwiderungen von
Tilman Fichter
S. Lönnendonker
Erich Fried
Bernd Rabehl
Heinz Brandt
Peter Brandt

... und anderes!

Erscheint 10 mal im Jahr im Zuckererbsenverlag Berlin, Herstellung und Vertrieb **SOAK**,
Am Taubenfelde 30 3000 Hannover 1